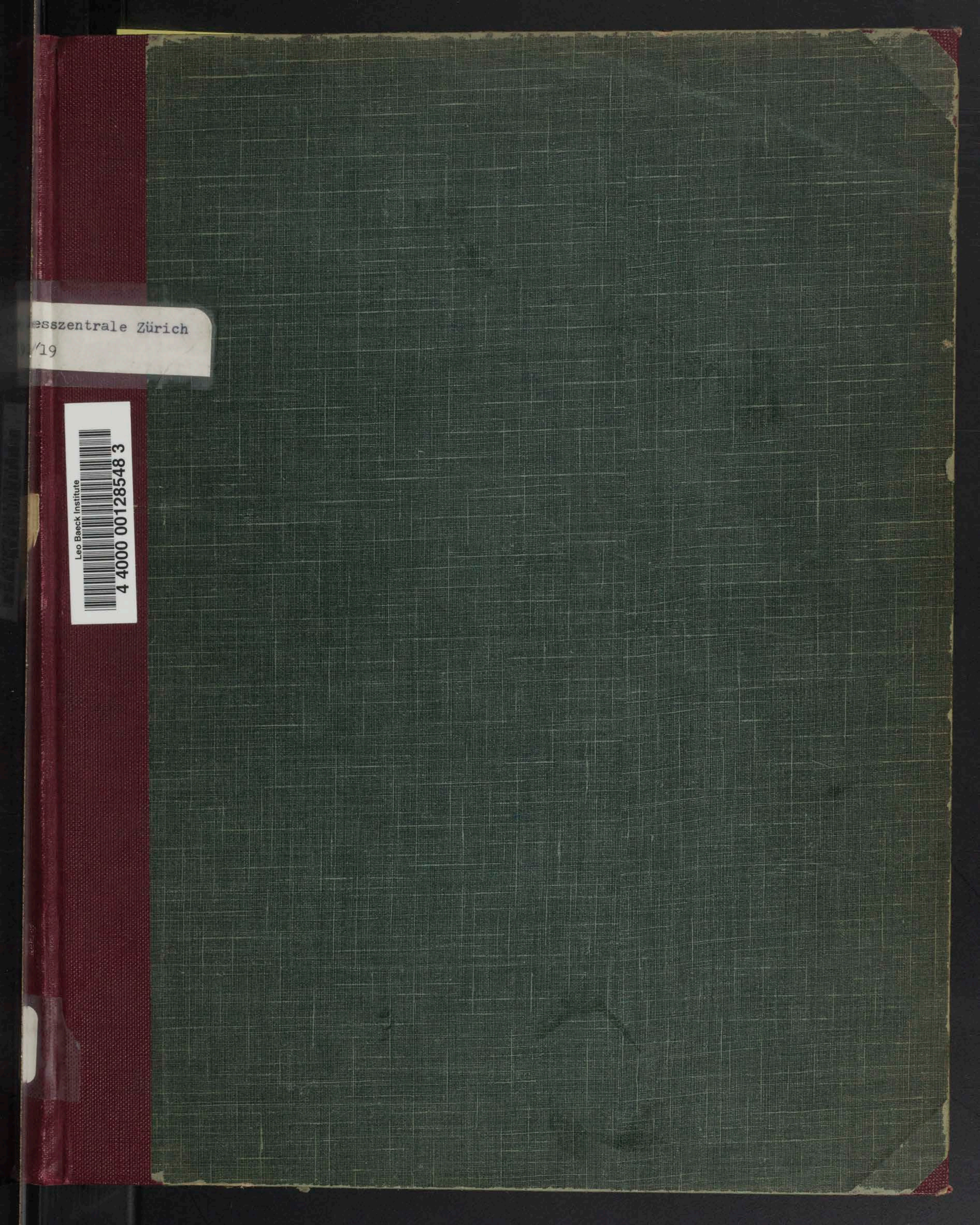
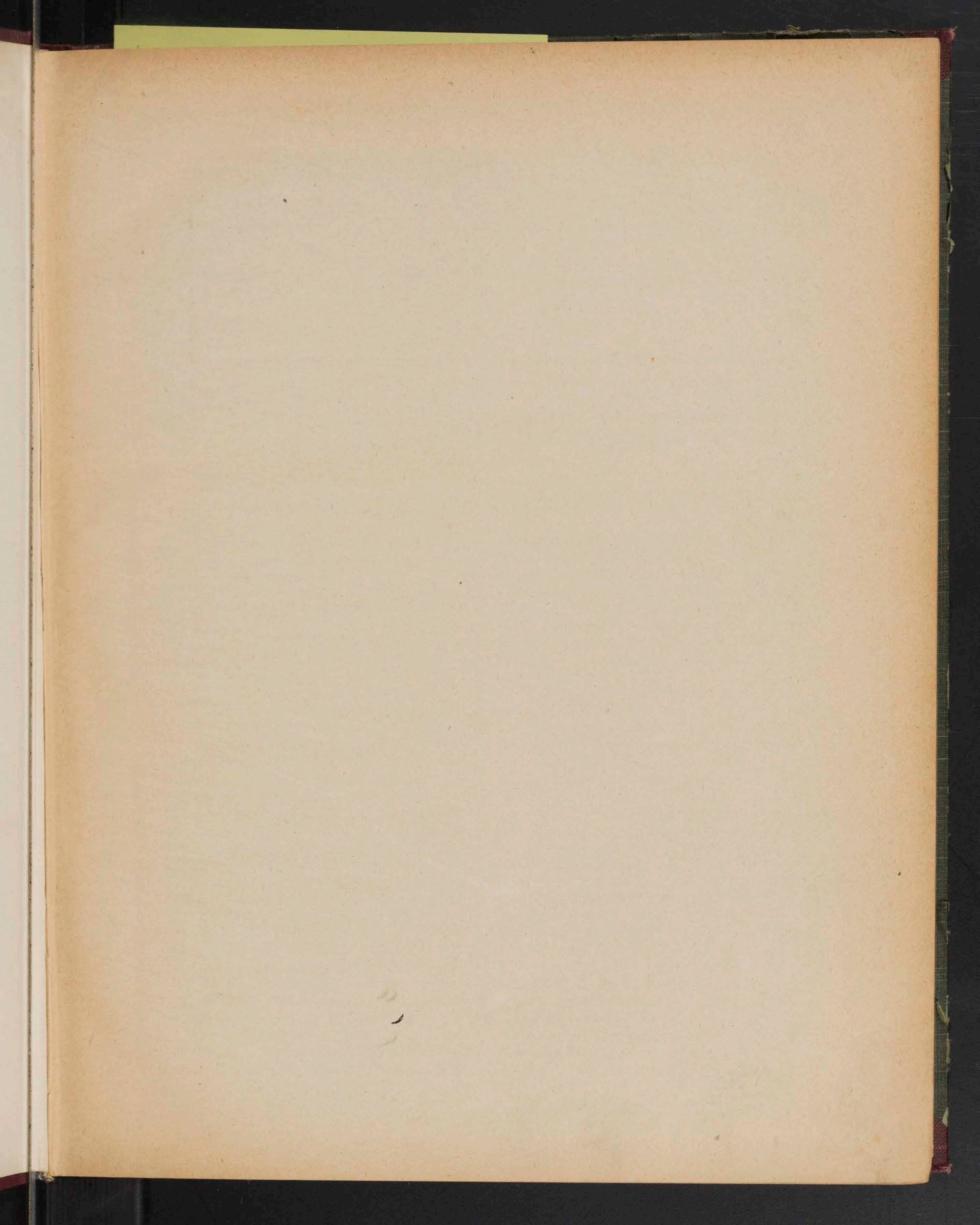




# JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

KORRESPONDENTEN
IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

TELEGR.: „PRESSCENTRA ZÜRICH"
TEL.: SELNAU 32 51




BANK-KONTO:
SCHWEIZER. KREDITANSTALT

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10 12. TÉWÉTH 5679
15. DEZEMBER 1918

## MITTEILUNGEN DER „J. P. Z."

ABDRUCK GEGEN QUELLENANGABE


# Die Ukrainer und die Pogrome in Galizien.

## Ein Interview mit dem Ukrainischen Gesandten in der Schweiz.

(J. P. Z.) Der Chef der Ukrainischen Mission in der Schweiz, *Dr. Lukassewitsch* hatte die Liebenswürdigkeit, sich dem Berner Korrespondenten der „Jüdischen Presszentrale Zürich" über die Pogrome in Polen folgendermassen zu äussern:

„Nach der Einnahme von Lemberg dachten die Polen, — weil sie im Besitze der Kontrolle über Post, Telephon und Telegraph waren, — über die hilflosen Juden herzufallen, Greise, Kinder und Frauen morden, ihr Hab und Gut plündern zu können, ohne dass die Aussenwelt etwas davon erführe. Als die ersten Nachrichten über die Pogrome kamen, versuchten die Polen daher die ganze Sache abzuleugnen, und ihre Schandtaten als eine Erfindung alldeutscher Zeitungs-Korrespondenten hinzustellen. Aber Lügen haben kurze Beine. Von amtlicher deutscher Seite erschien bald ein Dementi und Flüchtlinge legten ein beredtes Zeugnis der schauervollen Ereignisse ab. Nun merkten die Polen, dass durch die angestifteten und veranstalteten Pogrome ihr Ansehen im Auslande nicht gehoben wurde und dass sie ihnen bei den kommenden Friedensverhandlungen, von denen auch sie ihre Selbständigkeit zu erlangen wünschen, schaden könnten und versuchten die Schuld für die bestialischen Ausschreitungen durch plumpe und naive Lügen von sich abzuwälzen. So wurde verbreitet, dass auch ukrainische Truppen verkleidet in polnischer Legionsuniforn sich an diesen Ausschreitungen beteiligt hätten. Die Juden im Auslande wissen wohl, dass das ukrainische Volk mit den Juden auf freundschaftlichem Fusse lebt und dass diese Ausreden nur gemeine Verleumdungen sind.

Der Vertreter des Halicz-Staates in der Schweiz, *Dr. Lewitzky,* der gegenwärtig in Wien ist, hat in einem Schreiben an den Schweizerischen Zionistenverband im Namen des ukrainischen Volkes die von den Polen an den Juden verübten Grausamkeiten auf's Schärfste verurteilt und erklärt, dass das ukrainische Volk mit diesen Schandtaten nicht das Geringste zu tun habe. Ich erkläre Ihnen in meinem Namen und im Namen der ukrainischen Nation, die ich hier zu vertreten habe, dass wir die von den Polen an den Juden in Galizien begangenen Verbrechen lebhaft bedauern und energisch dagegen protestieren, dass die Polen nun versuchen, die von ihnen an den Juden begangenen Greueltaten auf uns abzuwälzen. Der Hass der Polen gegen die Juden hat sich heute dadurch verschärft, weil die Juden sich nicht mit Gewalt assimilieren lassen wollen. Durch ihre imperialistischen Annexionen und Grossmachtpläne sind die Polen mit allen ihren Nachbarn, mit den Weissrussen, Litauern,

Esthen, Deutschen, Tschechen, Ungarn und Ukrainern in Konflikt gekommen. Seien Sie versichert, dass wir stets bestrebt sein werden, das freundschaftliche Verhältnis, das zwischen den Juden und uns bereits besteht, fester und inniger zu gestalten. Dies berechtigt uns zu der Annahme, dass bei den Volksabstimmungen in den strittigen Gebieten, im Cholmer Bezirk, in Ostgalizien und in der Bukowina, wo die Juden in dichten Massen zusammenwohnen, und daher ausschlaggebend sind, wo den Juden Gelegenheit geboten wird, sich von ihren Unterdrückern, von den Polen und Rumänen zu befreien, für den freiheitlichen und liberalen ukrainischen Staat stimmen werden. Wir haben die feste Zuversicht, dass die kommenden Friedensverhandlungen Gerechtigkeit walten lassen werden, und dass man es nicht zulassen wird, die kleinen Nationen zu vergewaltigen."

# Pogrome in Polen und Galizien.

## Englische Pressestimmen zu den polnischen Judenpogromen.

„Times".

(J. P. Z.) Die „Times" veröffentlichen am 2. Dez. einen Leitartikel betitelt „Pogrome in Galizien", der wohl die Stellungnahme der leitenden englischen Kreise zu den polnischen Judenmassakern wiederspiegelt. Wir entnehmen diesem Artikel folgende Stellen:

Nichts würde der polnischen Sache in den Augen der zivilisierten Welt grösseren Schaden zufügen, als irgend ein Versuch systematischer Gewalt gegenüber den Juden. Dem Argument gegenüber, diese Pogrome wären hinsichtlich Ausdehnung und Dauer nicht vergleichbar mit den Massakern der Armenier durch die Türken, den Serben durch die Bulgaren, der Belgier durch die Deutschen muss ein für allemal geantwortet werden, dass Massakers eine Schändlichkeit sind, mögen sie nun von einer Rasse gegenüber der andern oder sogar von jüdischen Bolschewisten gegenüber den nichtbolschewistischen Juden, wie das in Russland der Fall ist, unternommen werden. Diejenigen, welche das Wohlwollen der Alliierten erhalten, wollen, müssen sich dasselbe verdienen.

Sind einmal die Tatsachen mit aller Klarheit festgestellt und die Schuldigen bestraft, so liegt immer noch der Weisheit der alliierten Stadtsmänner die Lösung der Judenfrage im allgemeinen und die der polnischen Judenfrage im besonderen ob. Ganz allgemein gesprochen sind die jüdischen Gemeinden in Galizien und anderen Teilen von Polen mit die elendesten und ärmsten der Welt. Eine genaue Statistik existiert nicht. Jedoch schätzt man die jüdische Bevölkerung Polens auf sechzen Prozent der Gesamtbevölkerung, ein höherer Prozentsatz von Fremden, als irgend ein Volk verdauen kann. Diese Juden jedoch, welche in ihrem Existenzkampf hart mit denen zusammenstossen, unter welchen sie leben, können nicht einfach ausgetrieben werden. Sie haben Jahrhunderte hindurch in dem ihnen von den polnischen Königen gewährten Asyl gelebt. Welches Schicksal harrt nun ihrer? Die Verwirklichung des zionistischen Ideals in Form der Errichtung einer nationaljüdischen Heimstätte in Palästina mag im gegenwärtigen Moment die Spannung teilweise lindern, aber vom territorialen Standpunkt wenigstens eben nur teilweise. Die wahre Tugend des zionistischen Ideals besteht darin, dass es die jüdischen Massen mit neuen Hoffnungen erfüllt, sie offen und nicht nur im geheimen stolz auf ihre Rasse werden lässt, um weiter in seiner grossen Förderung der religiösen und zivilisatorischen Entwicklung der Menschheit endlich sie bessere Bürger in ihrem Adoptivvaterlande werden zu lassen.

Aber damit dieses Ideal erfüllt wird, muss den Juden Gerechtigkeit werden, unparteiische Gerechtigkeit, beruhend auf der Kenntnis ihrer Bedürfnisse. Eine Nichtlösung oder unfaire Behandlung der Judenfrage müsste diese unbedingt zu einer Gefahr für eine ordentliche und gute Regierung überall werden lassen. Es ist jetzt die Aufgabe der alliierten und amerikanischen Staatsmänner, eine ehrliche Anstrengung zu machen, um den Anfang einer Lösung zu finden.

„Manchester Guardian"

(J.P.Z.) Aus Haag wird gemeldet: Ueber die Judenpogrome schreibt der „Manchester Guardian" u. a.: Die Polen zeichneten sich stets durch Unfähigkeit aus. Ihre Führer waren immer und ganz besonders während der Kriegszeit unverträglich und chauvinistisch.

Die polnische Oligarchie fühlt ihre Stellung erschüttert durch die drohende Revolution und sucht den Volkszorn von sich abzuwenden, indem sie imperialistische Gelüste anfacht und Pogromstimmung schürt.

## Stimmen der Intellektuellen.

Führende Intellektuelle der Schweiz protestieren gegen die polnischen Judenpogrome.

(J.P.Z.) Die „Züricher Post“ vom 10. Dez. veröffentlicht einen Aufruf, unterzeichnet von den bekannten Schriftstellern, Professoren und Künstlern *Charlo Strasser, Hermann Hesse, Paul Ilg, Andreas Latzko, Max Pulver, Wilhelm Schmidtborn, Ferrucio Busoni, August Forel, Ludwig Köhler, Félix Möschlin* gegen die polnische Judenmassaker. Der Aufruf schliesst mit folgenden Ausführungen:

Zum Aufruf, zur Warnung, zum Protest aber zwingen uns blutige Raubüberfälle auf Wehrlose und Unbewaffnete, zwingen uns Geschehnisse der letzten Tage nicht nur, weil sie in hohnvollem Widerspruch zu den Freiheitsverheissungen eines neugeborenen Volkes stehen, sondern auch, weil sie Vorzeichen einer Massenvergiftung sein könnten, die um sich greifen möchte und die für uns, die wir es miterleben müssen, ohne dagegen Einsprache zu erheben, mehr als unwürdig wären. Eben, weil gegen die Vergewaltigung, Schändung, Niedermetzlung kleiner Völkerschaften so manche edle Stimme in den letzten Jahren sich erhob, müssen wir auch zu diesen neuesten Greueltaten unsere Stimme erheben!

Darf sich das neue Polen, dessen Sehnsucht nach Selbständigkeit sprichwörtlich ist, den Eintritt in seine Freiheit mit dem Blute sinnlos und unbegreiflich hingeschlachteter Juden besudeln? Besitzt es keine Macht und Gewähr in den Persönlichkeiten, die nun sein Schicksal lenken wollen, um diese abscheulichsten aller Mördereien, an denen wir wahrlich genug miterlebt hätten, zu verhindern? Gibt es wirklich immer noch in der Masse sich unverantwortlich dünkende Gewalttäter, die um ihrer durch tausend andere Unglücksschläge der Zeit, in der sie leben mussten, verursachten Leiden und Unzulänglichkeiten willen, auf den von früheren Regierungs- und Staatssystemen (wie sie ja heute doch umgestürzt wurden!), kreierten Sündenbock losgelassen werden?

Das Schandenwort „Pogrom“ muss der Zeit vor dem Kriege angehören! Sollten diejenigen, die es übernommen haben, der neuen polnischen Nation vorzustehen, den Metzeleien in Galizien nicht mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln Einhalt geboten haben, so erheben wir gegen sie den furchtbaren Vorwurf, am Blute und an den Qualen der sinnlos und schuldlos hingemordeten Juden verantwortlich zu sein!

Das Haupt der schwedischen Staatskirche zu den polnischen Judenpogromen.

(J.P.Z.) Reuter berichtet aus Stockholm: Das Haupt der schwedischen Kirche, Nathan Soederblom, Erzbischof von Upsala, richtete an die jüdische sozialistische Arbeiterpartei Peale-Zion einen Brief, in dem er sich mit ihrem Protest gegen die Pogrome in Polen und Westgalizien einig erklärt. Die Judenverfolgungen, schreibt der Erzbischof, haben genügend lange gedauert. Sie stellen eine ungeheure Sünde an der Humanität und an dem Christentum dar. Wenn sie von den Polen wieder aufgenommen werden, so zeigt das von einer verbrecherischen Verstocktheit, die nichts gelernt hat.

Georg Brandes über die Polen.

(J.P.Z.) An die Stockholmer Protestversammlung gegen die polnischen Judenpogrome sandte Georg Brandes folgende Depesche:

„Mit Wehmut, aber ohne die geringste Wirkung zu erwarten, schliesse ich mich dem Protest gegen die Pogrome in Polen und Galizien an. Nachdem ich 30 Jahre lang für die polnische Unabhängigkeit gekämpft habe, sehe ich jede Hoffnung auf die Polen als freiheitliebendes Volk völlig zusammenbrechen.“

(J.P.Z.) Der Protestkundgebung der Poale Zion gegen die Pogrome in Stockholm haben sich Ellen Key, Georg Brandes und Bürgermeister Lindhagen angeschlossen.

## Dokumente.

Beraubung der Juden durch polnische Militärbehörden.

(J.P.Z.) Die Wiener-Arbeiterzeitung vom 1. Dez. bringt nachstehende, ihr in beglaubig-

ter Abschrift zur Verfügung gestellten Dokumente:

Platzkommando SANOK — Kommando der Expedition SANOK-CHYROW

AN DIE ISRAELITISCHE KULTUSGEMEINDE IN USTRZYKI DOLNE.

Es wurde nun bestätigt, dass die jüdische Bevölkerung an den Kämpfen der Hajdamaken gegen das polnische Militär teilnimmt, das im Auftrag der polnischen Regierung Ruhe und Ordnung in das Land bringt.

Infolge dieser feindlichen und verbrecherischen Handlungen haben schon drei unserer Soldaten den Tod erlitten. Die Täter werden dafür persönlich haften. Die israelitische Gemeinde, die das *nicht verhinderte, hat unter dem Titel der Strafe einen Betrag von* 300.000 Kronen im *Verlaufe von einer Stunde* zu zahlen. Im Falle der *Nichteinzahlung werden die jüdischen Häuser bombardiert oder mit Dynamit gesprengt,* und die Strafe zwangsweise eingehoben.

Der Offizier, der dieses Schreiben zustellt, ist gleichzeitig bevollmächtigt, obige Summe in Empfang zu nehmen und zu quittieren.

Ustrzyki, 24. November 1918.

*Swoboda*, Oberstleutnant,
Kommandant der Expedition.

*Protokoll der Uebernahme im Sinne der Zuschrift des Kommandos vom 24. Nov. 18.*

| | Kronen |
|---|---|
| Abgenommen wurden à conto bar . . . . . | 3,900.— |
| 25 Stück Rote Kreuz-Lose zu 20 Kronen . | 500.— |
| 1 Postsparkassenbuch d. Fr. Sophie Apfel | 2,000.— |
| Eisenbahnvorschuss für die Firma Faltner & Dattner . . . . | 15,837,82 |
| 3 Stück österr. Kriegsanleihe à 1000 Kronen | 3,000.— |
| Bargeld b. Dr. Sterner und B'mstr. Fränkel | 34,100.— |
| Zusammen: | 59,337.82 |

Zusammen in Barem und Papieren in Werten zur Uebergabe an Oberstleutnant Swoboda übernommen.

*Szczepanowski,*
Ingenieur-Oberleutnant.

. . . . . Ustrzyki ist ein kleines jüdisches Nest in Westgalizien mit 3400 Einwohnern. Dreihunderttausend Kronen sollten aus der Armut des Kleinstädtchens durch General *Roja* erpresst werden. Sonst kündigten die Herren Dynamit und Bomben an! Dreihunderttausend Kronen konnten jedoch unmöglich geholt werden. Da sind auf Befehl des Herrn Swoboda zwei Panzerzüge vor Ustrzyki vorgefahren. Ein Advokat begab sich nach Krakau, um den Herrn Grafen Lasocki, Chef der Verwaltung Galiziens, in der Liquidierungskommission, von dem unerhörten Vorfall Mitteilung zu machen und übergab ihm eine vom ehemaligen Bezirkshauptmann *Noel* bestätigte Kopie des kuriosen „Befehls". Herr „Minister" Lasocki verlangte das Original, und als es ihm von dem Advokaten übergeben worden war, verweigerte er die Ausfolgung desselben . . . . . Unter russischer Zarenherrschaft hätte bei solchen Gewaltakten ganz Europa vor Empörung aufgeschrieben!

---

Dokumente zur Neutralität der Lemberger-Juden während der polnisch-ukrainischen Kämpfe.

(J. P. Z.) Die „Wiener-Morgenzeitung" bringt folgende Dokumente zum Abdruck:

1.

ERKLÄRUNG.

Wir bestätigen, dass das Kommando der jüdischen Miliz bei dem Komité der Vereinigten polnischen Parteien *ihre absolute Neutralität* angemeldet hat und bekannt gab, dass sie nur zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ordnung im jüdischen Viertel gebildet wurde. Das Komité nimmt diese Erklärung zur Kenntnis und wendet sich an das polnische Militärkommando, eine Verordnung zu erlassen, welche das Verhältnis und den Wirkungskreis der Miliz zum polnischen Militär regeln soll.

Lemberg, den 9. November 1918.

Unterschriften:
*Dr. Leonhard Stahl; Dr. Ernest Adam; Dr. Larzewsky.*

2.

Laut Angaben der jüdischen Rettungskommission befinden sich Posten der jüdischen neutralen Miliz an folgenden Stellen:

In der Synagoge auf der Zòlkiewska, in der Synagoge auf der Boznica, Zolkiewska 35, Blacharska Str. Nr. 25, und Fleischackerstrasse Nr. 13.

Im Namen des polnischen Nationalkomités bitten wir die Neutralität dieser Orte zu respektieren und die Miliz nicht zu entwaffnen.

Lemberg, 9. November 1918.

Im Namen des polnischen Nationalkomités:
*Gladzewsky, Dr. Stahl, Dr. Adam.*

### Neue Pogromdrohungen.

(J. P. Z.) Die „Wiener Morgenzeitung" (vom 6. Dez.) meldet: Der polnische Generalkommandant *Rozwadowsky* rief Freitag, den 29. November die Vertreter der Lemberger Judenschaft zu sich und erklärte ihnen, er habe gehört, dass die Juden beim Begräbnis der Pogromopfer Rache schwuren und eine Armee von 20.000 (?) Mann aufstellen wollen. Er teilt ihnen daher mit, dass die Polen daraus die Konsequenzen ziehen werden und er die Juden für die Folgen verantwortlich mache. *Ferner erklärte er, dass an den Lemberger Vorfällen nur die Juden schuldig seien.*

### Die Polen werden „provoziert"!

(J. P. Z.) Der polnische Liquidationsausschuss hat dem polnischen Gesandten in Wien folgende Erklärung zur Weiterleitung an die Ententeregierungen zugeschickt: „Der Liquidationsausschuss lenkt die Aufmerksamkeit auf die tendenziösen Lügen, die durch den „Jüdischen Nationalrat" und die jüdischen Zeitungen verbreitet werden, dass in Westgalizien, angeblich planmässig, Judenpogrome stattfänden. Dies wirkt im höchsten Grade provozierend auf die ganze polnische Gesellschaft. In Galizien herrscht fast überall Ruhe und Ordnung. Die vereinzelten Unruhen werden durch Banden hervorgerufen, wie solche in noch viel grösserem Maßstabe in Deutsch-Oesterreich, Ungarn, Böhmen, Mähren und der Slovakei grassieren. Die jüdischen Zeitungen erwähnen zwar ab und zu auch jene Orte und Länder, gegen Polen führen sie jedoch einen allgemeinen Verleumdungs-Feldzug. Wir kennen zu gut das Verhältnis des grössten Teiles der Juden zu Preussen und Alt-Oesterreich, um uns nicht klar zu sein, in wessen Interessen diese handeln. Der polnische Liquidationsausschuss hat bereits die verbündeten Regierungen ersucht, an Ort und Stelle eine Untersuchungskommission zu entsenden, um die Wahrheit festzustellen. Wir sind aber schon jetzt gezwungen zu erklären, dass, falls die jüdischen Zeitungen nicht aufhören werden, das polnische Volk vor der Welt zu verleumden (!!!siehe Lemberg J. P. Z.) *es der polnischen Regierung unmöglich sein wird, die aufgebrachte Gesellschaft zurückzuhalten. Es kann dann tatsächlich zu dem kommen, was bis jetzt blos Verleumdung war.*"

(J. P. Z.) *Wien*, 29. Nov. Heute erschien im jüdischen Nationalrat ein *Oberst* tschechoslovakischer Nationalität, der mit dem ersten Zuge, der aus Lemberg wieder in Wien eingetroffen ist, herreiste. Der Oberst erklärte sich bereit, ein *ausführliches Protokoll* über die Vorgänge der letzten Woche in Lemberg als neutraler Zuschauer abgeben zu wollen. Dieses Protokoll wurde hierauf mit dem Obersten *aufgenommen.* (Pester Lloyd Nr. 281).

### Eine deutsche Feststellung der polnischen Schuld.

(J.P.Z.) Berlin, 3. Dez. Von polnischer Seite wird in den letzten Tagen in der Schweizer Presse behauptet, dass die Pogrome in Galizien auf deutsche Umtriebe zurückzuführen seien. Von amtlicher deutscher Seite wird erklärt, dass dies völlig frei erfunden ist und nur einen Versuch der Polen darstellt, sich von der schweren Schuld an den fürchterlichen Exzessen reinzuwaschen.

### Intervention der schwedischen Sozialisten für die polnischen Juden.

(J. P. Z.) Der „J. P. Z." wird aus Stockholm gedrahtet: Die schwedische Sozialdemokratie richtete einen Drahtappell an die sozialistische Partei Frankreichs, worin sie angesichts der infamen Pogrome im Namen des internationalen Sozialimus an die französischen Genossen appelliert ihren ganzen Einfluss auf die französische Regierung aufzubieten, um die Wiederholung der empörenden Massaker zu verhindern. In der gegenwärtigen Weltlage sind die Allierten die einzigen, die die Möglichkeit und folglich auch die Pflicht haben, die nationalen Minderheiten gegen Verfolgungen, die eine Schmach für die Menschheit sind, zu beschützen.

## Chronik.

### Antisemitismus in Polen.

#### Die Lubliner Universität schliesst die Juden aus.

Der Jüdischen Presszentrale wird aus Lublin berichtet: Die von der polnischen Intelligenz neueröffnete Universität in Lublin hat in ihre Statuten eine Bestimmung aufgenommen, wonach *Juden nicht als Studierende aufgenommen* werden dürfen. Die Schüler der oberen Klassen der Lubiner Gymnasien haben den *Ausschluss aller Schü-*

*ler jüdischer Konfession* aus den Schulen gefordert, woraufhin diese entfernt wurden.

## Russland.

### Juden und Bolschewiki.

(J.P.Z.) Der russische Korrespondent der J. P. Z. schreibt:

In letzter Zeit fängt die antisemitische Hetze an gegen die Juden in einer neuen bisher ungekannten Form aufzutreten, indem sie die Juden als Träger des Bolschewismus denunziert. Diese Beschuldigung bringen bezeichnenderweise dieselben Quellen, die noch vor Kurzem die Juden als die Hauptträger der kapitalistischen Auswüchse bezeichneten. Dieser Widerspruch an sich zeigt schon die Unhaltbarkeit dieser Behauptungen. Ueber das wahre Verhältnis der Juden zum Bolschewismus mögen folgende Tatsachen aufklären. Man kann ohne jegliche Uebertreibung sagen, dass die Judenheit als solche in ihrer überwältigenden Mehrheit dem Bolschewismus durchaus ablehnend gegenüber steht. Dies äussert sich schon darin, dass abgesehen von allen bürgerlich-jüdischen Parteien Russlands, wie Zionisten, Orthodoxe und Volkspartei, deren Stellung zum Bolschewismus naturgemäss schärfste Opposition ist, befinden sich selbst die sozialistischen Parteien im Kampfe gegen die Bolschewiki. Sogar die linksstehende unter ihnen, die jüdische sozialistische Arbeiterpartei „Poale Zion" anerkennt zwar die Sowietregierung, hat aber gegen den roten Terror auf ihrer letzten Konferenz schärfsten Protest erhoben. Die anderen, wie die „Bundisten" und Vereinigten Jüdischen Sozialisten dagegen lehnen die Sowietregierung ab und werden von dieser daher gerade so wie die bürgerlichen Judenparteien verfolgt. Dementsprechend ist auch fast die gesamte jüdische Presse von den Bolschewiki unterdrückt worden und noch immer nicht freigegeben. Aber nicht nur die jüdischen Parteien, die fast die Gesamtheit der russischen Judenheit repräsentieren, sind an der Sowietregierung nicht beteiligt, auch Juden als Einzelpersonen spielen bei der Sowietregierung nicht die Rolle, die allgemein angenommen wird, obgleich es selbstverständlich ist, dass es bei den Juden, wie bei allen anderen Völkern Männer aller politischen Ueberzeugungen gibt. Der Anteil der Juden unter den führenden Mitgliedern der russischen Sowietregierung ist viel geringer, als ihre Beteiligung etwa an den jetzt in Deutschland oder in Ungarn regierenden Parteien oder bei vielen russischen Parteien wie z. B. bei den Menschewiki, oder der Kadetten, die doch bekanntlich im schärfsten Gegensatz zu den Bolchewiki stehen.

## Deutsch-Oesterreich.

### Wahlrechtsraub an den Juden.

(J.P.Z) Der Jüdischen Presszentrale Zürich teilt ihr Wiener J. G.-Korrespondent mit:

Die Nationalversammlung nahm ein Gesetz über das deutsch-österreichische Staatsbürgerrecht an. Ausser der Heimatsberechtigung in einer Gemeinde der deutsch-österreichischen Republik wird auch das Bekenntnis zur deutschen Nation verlangt. Alle, die aus Galizien, Bukowina, Istrien und Dalmatien stammen, haben kein Stimmrecht. Auf die Reklamation des Bukowinaer Abgeordneten Keschmann, dass dadurch mehrere hundert deutsche Beamte aus der Bukowina ihrer bürgerlichen und nationalen Rechte beraubt werden, erwiderte der bekannte Abgeordnete Karl Hermann Wolf, diesen Leuten geschehe zwar Unrecht, aber wenn man dadurch *so viele Juden los wird*, sei es nicht zu teuer erkauft.

## Deutschland.

### Die deutschen Sozialisten und die jüdischen Forderungen.

(J.P.Z.) Aus Berlin wird gemeldet: In der grossen Protestversammlung, die von den jüdischen Sozialisten „Poale-Zion" einberufen war, sprachen der unabhängige Sozialist, Staatssekretär Dr. Cohn und der Mehrheitler J. Kalisky. Beide Redner setzten sich für jüdisch-nationale Forderungen ein und erklärten, dass diese die Unterstützung des deutschen Proletariats finden werden.

## Ungarn.

(J.P.Z.)Gegen die bedauerlichen Judenverfolgungen, die in den verschiedenen Teilen Ungarns vorkamen, wurde der Vorstand der Budapester israelitischen Religionsgemeinde beauftragt, an kompetenter Stelle Einsprache zu erheben.

### Die Juden in der ungarischen Regierung.

(J.P.Z.) Unter den führenden Persönlichkeiten des neuen Regimes befinden sich folgende Juden:

Kriegsminister Bartha, Fiunanzminister Paul Szende, Handelsminister Garami, Wohlfahrtsminister Dr. Kunfi, Staatssekretär im Ministerium des Aeussern der bekannte Schriftsteller Ludwig Biro, Staatssekretäre im Kriegsministerium Dr. Böhm und Friedrich, Staatssekretär im Justizministerium Dr. Fehér,

Die Judenschaft Südungarns für die jüdische Nationalautonomie.

(J.P.Z.) Aus Temesvar wird dem „Pester Lloyd" gemeldet: Die Versammlung der Südungarischeh Judenheit beschloss, die Regierung zur programmatischen Erklärung aufzufordern, dass unter die in Ungarn entstehenden nationalen Formationen auch die Judenschaft aufzunehmen sei und ihr autonome kulturelle Rechte zugesichert werden.

Die Lage der Juden in der Slowakei.

(J.P.Z.) Der „J.P.Z." wird geschrieben: Weniger grausam und barbarisch, jedoch nicht viel besser als in Siebenbürgen ergeht es den Juden in den slovakischen Gebieten. Ausser Ausschreitungen und Plünderungen, meist in grossem Masse, haben die einziehenden tschechischen Truppen den jüdischen Gemeinden, deren Mitglieder bereits ihres Besitzes beraubt waren, hohe Kontributionen auferlegt. Vor den einziehenden regulären tschechischen Truppen kommen in der Regel Agitatoren, die die ohnehin schon aufgeregte bäuerliche Bevölkerung gegen die Juden aufhetzen.

Grössere Ausschreitungen fanden bis jetzt in folgenden Orten statt: Verbo, Pistyan, Tyrnau, Bösing, Vagujhely, Trencsén, Rozsahegy, Banowic, Tapolcsany. Lipotvar, Kosztolany und Pucho. Ein grosser Teil der jüd. Bevölkerung musste flüchten.

## Rumänien.

Sabotage der Naturalisation.

(J. P. Z.) Aus Jassy wird der „J. P. Z." geschrieben: Die rumänische Regierung setzt den Juden bei der Naturalisation. dauernd Hindernisse entgegen. In die Mittelschulen Bukarests werden die jüd. Kinder, auch dort, wo noch Plätze frei sind, nicht aufgenommen.

Die rumänischen Judenverfolgungen in Siebenbürgen.

(J, P. Z.) Ein soeben aus Ungarn nach Zürich angekommener Rabbiner teilt der „J.P.Z." folgendes über die Lage in Siebenbürgen mit:

In allen Teilen Siebenbürgens, ebenso wie in den von Rumänien bewohnten Grenzbezirken wüten seit Ausbruch der Revolution ununterbrochen schlimme Judenausschreitungen. In mehreren Städten, so besonders in Bistritz, Deés, Gyulafehérvar, Maros-Ludas, Balazsfalva, Segesvar, Karansebes, Déva wurden zahlreiche Juden ermordet, die Synagogen demoliert, Thorarollen vernichtet, Frauen und Mädchen geschändet. Die allermeisten der Juden in Siebenbürgen wurden ihrer Habe beraubt. Die Lage verschlimmerte sich noch womöglich nach dem Einzuge der regulären rumänischen Truppen. Der Verkehr selbst von einer Stadt nach der andern ist so gut wie eingestellt, sodass Kundgebungen. Proteste und Klagen seitens der bedrängten Juden nur schwer an die grosse Oeffentlichkeit gelangen können. Was wir wissen, ist, dass in Klausenburg sich ein jüdischer Nationalrat unter Vorsitz des Rabbiners Glaser bildete. Andererseits verlautet, dass die Rumänen den jüdischen Nationalrat gewaltsam aufgelöst hätten. Eine führende rumänische Persönlichkeit in Grosswardein erklärte einer jüdischen Abordnung, *dass die Rumänen in Siebenbürgen überhaupt keine Juden dulden werden. Die Zahl der allein nach Budapest geflüchteten Juden aus Siebenbürgen beträgt annähernd 40,000.* Unter den Juden Budapests wurde eine rasche Hilfsaktion eingeleitet, die innerhalb 3 Tagen über eine halbe Million aufbrachte.

(J.P.Z.) Das *Kopenhagener Zionistische Bureau* berichtet: Aus Budapest meldet das „Neue Wiener Journal": Die in Siebenbürgen eingerückten rumänischen Truppen haben in Borgo-Pund einen Pogrom veranstaltet. Sie überfielen gemeinsam mit der Bevölkerung die Häuser und Geschäfte der Juden und raubten über 150 jüdische Familien vollkommen aus.

## Ukraina.

Der Kongress der ukrainischen Judenheit.

(J. P. Z.) Aus Kiew wird gemeldet: Am 3. November wurde in Kiew der Nationalkongress der ukrainischen Juden eröffnet. Der Kongress setzt sich aus Vertretern aller jüdischen Gemeindeverwaltungen zusammen, die auf Grundlage des allgemeinen und gleichen Proporzwahlrechtes gewählt sind. Von den 135 Delegierten gehören 42 der zionistischen Partei, 19 den Orthodoxen

14 den demokratischen Zionisten (Zeire-Zion), 4 der jüdischen Volkspartei und 46 den drei sozialistischen jüdischen Parteien (Bund, Poale-Zion und Vereinigte Sozialisten) an. In den Deklarationen, die vorgebracht wurden, verlangten sämtliche Parteien einmütig eine *nationale Autonomie* für die Juden in der Ukraine, sowie in den allen übrigen Ländern jüdischer Massensiedelung. (Polen, Litauen, Rumänien etc.) Ferner die Regelung der jüdischen Frage durch den Friedenskongress. Von allen Parteien, mit Ausnahme des „Bund“ wurde ausserdem die Forderung der Juden auf eine nationale Heimstätte in Palästina zum Ausdruck gebracht. Der Kongress legte ein einmütiges Eintreten der gesamten ukrainischen Judenheit für die jüdisch-nationalen Forderungen an den Tag.

Nationale Reche für die Juden in Ostgalizien.

(J.P.Z.) Aus Wien wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gemeldet: Der ukrainischen Nationalrat in Galizien hat ein Grundgesetz angenommen, wonach die Juden, Polen und Deutsche als nationale Minderheiten anerkannt werden. Es werden für sie besondere nationale Sekretariate geschaffen, deren Leiter der Regierung angehören.

## Litauen.

Anerkennung der jüd. Nation durch die Litauische Regierung.

(J. P. Z.) Aus *Wilna* wird gemeldet: Der litauische Staatsrat hat beschlossen die Vertreter der Jüdischen Nation gleichzeitig mit denen der anderen nationalen Minderheiten in die Taryba aufzunehmen. Damit hat die Litauische Regierung die *nationalen Rechte der Juden anerkannt.* Da die Regierung Weissrusslands den Juden die nationale Autonomie gewährt hat und die neue ukrainische Regierung sicherlich die von Hetman Skoropadsky zugleich mit anderen demokratischen Gesetzen abgeschaffte nationale Autonomie der Juden wiederherstellen wird, bleiben von den Völkern des früheren russischen Reiches allein die Polen, die beharrlich sich weigern, die nationale Sonderexistenz der Juden anzuerkennen.

## Schweiz.

Protestversammlungen gegen Pogrome.

(J.P.Z.) Die Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich veranstaltete am 8. Dezember ein grosses Protestmeeting gegen die polnischen Judenmetzeleien. Nach Anhörung der Referate des Altmeisters der schweizerischen Sozialdemokratie Nationalrat *Hermann Greulich,* Stadtrat *Otto Lang* und Kantonsrat Dr. *Farbstein* wurde eine scharfe Protestresolution gegen die Ausschreitungen und Verhetzungen, des polnischen Chauvinismus, die zu den Judenpogromen geführt haben, angenommen.

— (J.P.Z.) In Zürich und Basel fanden anfangs Dezember grosse Massenprotestmeetings statt, an denen mit grosser Entrüstung gegen die polnischen Grausamkeiten Siellung genommen und internationale Garantien beim Friedensschluss für die Sicherstellung für die politischen und nationalen Rechte der Judenheit Polens und anderer Ostgebiete gefordert wurde.

Das Schächtverbot.
*Debatte im Nationalrat.*

(J.P.Z.) Aus Bern wird der „J.P,Z.“ gemeldet: Bei der Besprechung des 10. Neutralitätsberichtes kam auch das Schächtverbot zur Sprache. Der Kommissionsreferent billigte den Bundesratsbeschluss über das zeitweise Aufheben des Schächtverbotes unter Kautelen.

In der Diskussion, in welcher 2 Redner Bopp (wild) und Zürcher (demokrat) das Vorgehen des Bundesrates kritisierten, rechtfertigte Bundesrat Müller den Beschluss durch den Hinweis auf die ausserordentliche Lage. Ueber die beschränkte Handhabung des Beschlusses waren auch nicht viele Klagen zu vernehmen. Er erklärte aber, dass der Bundesrat selbstverständlich (?) sobald wie möglich seine Bewilligung wieder zurückziehen werde,

## Friedenskongress.

Frankreich.

(J. P. Z.) Laut Funkspruch Lyon hat sich der Zionistenführer Dr. Weitzmann in das zionistische Bureau nach Paris begeben, um die Frage der Zukunft Palästinas zu erörtern. Die zionistischen Vertreter werden Gelegenheit haben, die jüdischen Ansprüche auf Palästina der Friedenskonferenz vorzulegen.

Amerika.
*Kongress amerikanischer Juden.*

(J. P. Z) Das Verwaltungskomitee für den Kongress der amerikanischen Juden hat beschlossen, am 15. Dezember den Kongress nach Philadelphia einzuberufen, der Namens der amerikanischen Judenheit die Forderung einer jüdischen Heimstätte in Palästina und der Sicherstellung der jüdischen Gleichberechtigung und nationalen Rechte in allen Ländern für die Friedenskonferenz aufstellen soll.

Ukraine.

(J. P. Z.) Aus Kiew wird der „J. P. Z.“ berichtet: Der Kongress der ukrainischen Judenheit fordert die Zulassung der Vertreter des jüdischen Volkes zum Friedenskongress und wählte fünf bekannte jüdische nationale Führer (2 Zionisten, 2 Volksparteiler und einen Orthodoxen) als Delegierte.

Druck von Kopp-Tanner, Zürich